

Stadtrat appelliert: Nein-Stimme kann Baustopp aufheben

OSTUMGEHUNG Fast alle Parteien lehnen eine Unterstützung des Bürgerentscheids ab.

VON CLAUDIA BÖKEN, MZ

REGENSBURG. „Der Stadtrat bittet Sie: Übernehmen Sie Verantwortung für die lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger im Stadtnorden und für einen wirtschaftlichen Umgang mit Steuermitteln. Mit Ihrer Nein-Stimme können Sie den Baustopp aufheben und damit den schnellen Bau der Ostumgehung sichern.“ Dieser dringende Appell und eine ganze DIN-A4-Seite mit Argumenten für den Bau und gegen die Einhausung wird der Wahlbenachrichtigung zum Bürgerentscheid zur Ostumgehung am 24. Januar beiliegen, ebenso wie ein Infoblatt der Bürgerinitiative „Für weniger Lärm“.

Eineinhalb Stunden nahmen sich die Stadträte gestern Abend Zeit, um das Thema noch einmal ausführlich zu diskutieren: Nur wenn die Ostumgehung so gebaut werde, wie im Planfeststellungsverfahren festgelegt, sei gewährleistet, dass die Posener Straße in den nächsten Jahren einen Lärmschutz erhalte, lautete ein Appell des SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Hartl. Seine schlimmste Befürchtung: Wenn die Mehrheit der Bürger für eine Einhausung stimme, für die die Stadt 18 Millionen Euro bezahlen müsste, stehe der Stadtrat vor der Entscheidung: Deckel statt Schule.

Weil für eine Variante der Ostumgehung mit Einhausung das Planfeststellungsverfahren neu eröffnet wer-

den müsste, was einen enormen Zeitaufwand bedeute, so CSU-Fraktionschef Christian Schlegl, wäre der Schaden wesentlich höher als 18 Millionen: Dann fiel nämlich auch ein großer Teil der Zuschüsse für die Straße weg.

„Wir müssen Einzelinteressen gegen die Belange der Gesamtstadt abwägen“, sagte FW-Fraktionschef Ludwig Artinger. Wenn der Bürgerentscheid Erfolg habe, werde es keine Ostumgehung geben, denn die 18 Millionen für die Einhausung habe die Stadt nicht. Die Grünen hätten sich am liebsten der Stimme enthalten, so Fraktionsvorsitzender Jürgen Mistol, weil die Forderung der BI nicht ihren eigenen Prioritäten entspricht. Da das laut Gemeindeordnung nicht geht, stimmten sie gegen das Informationsblatt.

FDP-Fraktionsvorsitzender Horst Meierhofer hatte sogar bei der Obersten Baubehörde überprüfen lassen, ob es für die Einhausung tatsächlich keine Zuschüsse gibt. Die Antwort war für ihn und seine Parteikollegen entscheidend: Auch sie werden den Bürgerentscheid nicht unterstützen. Die ÖDP sei in einem Dilemma: Sie finde die Ostumgehung wünschenswert, aber auch die Einhausung, befand Joachim Graf. Deswegen sei es gut, dass die Bürger selbst entscheiden können. Richard Spieß von der Linken war der Meinung, man hätte die Bürger schon vor zwei Jahren entscheiden lassen sollen, dann gäbe es die aktuellen Probleme nicht.

OB Hans Schaidinger zitierte die Regierung: Für eine Ostumgehung mit Einhausung brauche die Stadt ein neues Planfeststellungsverfahren. Und gegen das können die betroffenen Bürger klagen.